

Deutschland braucht ein Referendum

Was gegen die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit spricht, war diese Woche im „Spiegel“ nachzulesen. Das Magazin zitiert den „ausländerfreundlichen Experten“ Professor Rittstieg: „Ein eingedeutschter Türke, der hier nur knapp sein Leben fristet, ist in Versuchung, seine Familie nach Deutschland in die Sozialhilfe zu locken.“ Rittstieg befürchtet:

„Ketten-Immigration.“
Schon zuvor hatte der international renommierte deutsche Verfassungsrechtler Isensee erklärt: „Die Problematik besteht darin, daß geplant wird, durch einfachen Gesetzesbeschluß des Parlaments das deutsche Volk umzudefinieren und auf einen Schlag drei Millionen Personen als Deutsche zu bestimmen. Obwohl diese sich nicht zur Ge-

meinschaft des deutschen Volkes, sondern zu der eines anderen, im wesentlichen des türkischen bekennen.“

So ist es erklärlich, daß - wie der „Spiegel“ schreibt - die absolute Mehrheit der Deutschen sich bei Meinungsumfragen gegen die doppelte Staatlichkeit ausspricht.

Man hat auch den Eindruck,

daß Rot-Grün anfängt, in der Sache etwas zurückzukrebsen.

Insofern war der Paukenschlag von CDU und CSU ein Erfolg: Keine Regierung darf gegen den erklärten Mehrheitswillen der Bevölkerung Politik machen.

Wenn dieser ernsthaft zum Tragen kommt.

Dies will man mit einer „Un-

terschriftensammlung“ erreichen. Als Alternative zur Volksabstimmung; die angeblich politisch nicht durchsetzbar ist. Das ist nicht zu begreifen, da sich sowohl die neue Regierung als auch die FDP - und wichtige Teile der Union - für die Möglichkeit eines Referendums ausgesprochen haben.

Unterschriftensammlungen ohne anschließende Entschei-



Gast-Beitrag
Von Dr. PETER GAUWEILER

dungsmöglichkeit sind das Instrument von Unmündigen, die eine übergeordnete Instanz auf einen Mißstand aufmerksam machen dürfen. Zum Beispiel die Schülermitverwaltung den Schullektor auf Ärgernisse bei der Schulspeisung, Wohlerzogen und in Schönschrift.

Aber das ist nicht die Sprache des Souveräns, der bei uns das deutsche Staatsvolk ist. Schrö-

der, Schäuble und Stoiber (deren Parteien im Bundestag über eine satte Zweidrittelmehrheit verfügen) sollen den Deutschen nicht mehr vorenthalten, was den Franzosen de Gaulle gegeben hatte: das Recht des Referendums vor richtungweisenden Entscheidungen.

Wenn die Regierung sich schon ein neues Volk suchen möchte, sollte sie das alte vorher fragen.